

Gelsenkirchener Zeitung

Die „Gelsenkirchener Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und hohen Feiertage. Wochen-Beilage: „Illustrirtes Gelsenkirchener Sonntagsblatt“. — Abonnementspreis: Die Petit-Beilage oder deren Raum 15 Pf., Restanten 10 Pf. — Verantwortlicher Redacteur: F. Dienst in Gelsenkirchen. — Drucker: W. Walbed, Wanne. — Druck und Verlag von F. Dienst in Gelsenkirchen.

Allgemeines Organ für die Stadt Gelsenkirchen, für die Aemter Schalke, Uedendorf, Wanne und Herne. — Anzeigenblatt für Gerichts- und Militär-Behörden.

* Herr Eugen Richter über die Dampfervorlage.

Der Reichstagsabgeordnete für Hagen schreibt aus Berlin d. d. 20. Juni: „Alle Steuergefeße und mit ihnen auch die Vorlage wegen der Dampferubvention wandern in den Papierkorb. Der Reichstag wird künftigen Donnerstag oder Freitag geschlossen werden. Sogar der Wähler bei den Reichstagswahlen wird es sein, daß von diesen Vorlagen im nächsten Jahre nichts eine Auferstehung findet.“

In dem weiteren Schreiben wird für das bevorstehende Reichstagsjahr ein Deficit von 17 Millionen Mark angekündigt und die Dampfervorlage damit für „toter als tot gemacht“ erklärt.

Von der echt Richter'schen Sprache der vorstehenden Stilprobe abstrahirt: wenn Herr Richter die Dampfervorlage nicht wiederzusehen glaubt, dann kann er sich noch im Herbst dieses Jahres wundern.

Die Fehde zwischen Herrn Richter's „Reichs-“

nicht an allerhand interessanten Nichteffecten. Namentlich aber ist das Factum interessant, daß Herr Richter selbst lange Jahre Mitarbeiter des Frankfurter Blattes, das aus seiner republikanischen Tendenz gar keinen Hehl macht, gewesen ist! Wie jemand, der sich so gern als überzeugter Monarchist bezeichnet, politischer Mitarbeiter eines republikanischen Blattes sein kann, ist uns unverständlich; wer bei gewissen Dingen den Verstand nicht verliert, hat keinen zu verlieren, sagt die Gräfin Orsini; wir meinen, wer in solchen Fragen keine Ueberzeugung bekundet, der hat keine Ueberzeugung; Herr Richter mag ein sehr überzeugungsstichtiger Freisinniger sein, aber sein Bekenntnis zur Monarchie ist wertlos bei dem Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“.

†§ Deutscher Reichstag. 39. Plenarsitzung vom 23. Juni 1884

Eingegangen ist der Börsensteuer-Gesetzentwurf.

Auf der Tagesordnung steht die erste und zweite Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Beschaffung eines Dienstgebäudes für das Generalconsulat in Shanghai.

Derselbe wird nach einigen Bemerkungen des Abg. Dr. Reichensperger (Greifeld) angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Commanditgesellschaften auf Aktien und die Actiengesellschaften aufgrund des Berichts der IX. Commission.

Es wird zunächst in die Beratung desjenigen Teils des Entwurfs eingetreten, der von den Actiencommanditgesellschaften handelt, dabei werden jedoch die bezüglichen Artikel aus dem Abschnitt über die Commanditgesellschaften auf Aktien angestreift.

Artikel 207, welcher für die Zukunft die Zerlegung von Aktien in Aktienanteile beseitigt, wird debattellos genehmigt.

Artikel 207a bestimmt, daß die Aktien auf einen Betrag von mindestens eintausend Mark lauten müssen. Für ein gemeinnütziges Unternehmen kann im Falle eines besonderen dringlichen Bedürfnisses der Bundesrat die Ausgabe von Aktien, welche auf Namen lauten, zu einem geringeren, jedoch mindestens zweihundert Mark erreichenden Betrage zulassen. Auf Namen lautende Aktien, deren Uebertragung an die Einwilligung der Gesellschaft gebunden ist, dürfen auf einen Betrag von weniger als eintausend, jedoch nicht von weniger als zweihundert Mark gestellt werden.

Abg. Lipke beantragt, unter Streichung der beiden letztgenannten Sätze, den ersten Satz dahin zu fassen: „Die Aktien müssen auf einen Betrag von mindestens vierhundert Mark gestellt werden.“

Der Antragsteller befürwortet diesen Antrag, erklärt aber vorweg, daß er überhaupt ein

Bedürfnis zur Reform des Aktienwesens nicht anerkennen vermöge, da in den letzten Jahren schlimme Gründungen gar nicht mehr vorgekommen seien. Es empfehle sich daher, die Reform des Aktienrechts überhaupt bis zur Revision des Handelsgesetzbuchs auszuheben und beide miteinander zu verbinden. Was seinen Abänderungsantrag anlangt, so bezwecke derselbe, auch den kleinen Capitalisten die Gelegenheit zu einer vorteilhaften Capitalanlage nicht zu verschließen.

Staatssecretär des Reichsjustizamts Dr. von Schelling: Er sei darauf nicht vorbereitet gewesen, von einem Mitgliede dieses Hauses heute zu hören, daß ein Bedürfnis für ein solches Gesetz nicht vorliege. Er möchte demgegenüber nur daran erinnern, daß seit Jahren fast keine Session vorübergegangen, ohne daß nicht die Reform des Aktienrechts gefordert worden wäre. Wenn der Herr Vorredner behauptet habe, daß seit 10 Jahren die Gründungen in einer Weise zurückgegangen seien, daß von einer öffentlichen Gefahr nicht mehr die Rede sein könne, so möchte er denselben auf die Rede des Abg. Sonnemann verweisen, welche derselbe vor zwei Jahren über diesen Gegenstand gehalten und in welcher dieser eine Reihe der schlimmsten Gründungen hier vorgeführt habe. Er könne hinzufügen, daß der Catalog des Herrn Sonnemann auf Vollkommenheit nicht einmal Anspruch machen könne; er könnte eine Reihe sogar blutiger Gründungen namhaft machen, welche in den letzten Jahren vorgekommen. Wenn der Vorredner die Aktienreform bis zu der in Aussicht stehenden Revision des Handelsgesetzbuchs vertagt wissen will, so verstehe er nicht, wie derselbe von der letzteren ein besseres Ergebnis für die Aktienreform erwarten könne als von der gegenwärtigen Commission'sarbeit. Niemals habe eine Commission mit größerer Sachkunde gearbeitet, wie die IX. Commission, und er müsse diese entziehen gegen den Vorwurf des Vorredners verwahren, als ließe die Thätigkeit der Commission die vornehme Ruhe vermissen, die bei Beratung so schwerwiegender Fragen unentbehrlich sei. Was den Antrag Lipke anlangt, so möchte er denselben gegenüber darauf aufmerksam machen, daß die Vorschläge der Regierung in betreff der Minimalgrenze des Aktienbetrages von der Commission schon sehr erheblich reducirt worden, nämlich auf die Hälfte von 2000 auf 1000 Mk. Wenn gleich der Bundesrat sich hierüber noch nicht schlüssig gemacht hat, so glaube er doch, daß derselbe diesem Beschlusse die Zustimmung nicht versagen werde, dagegen würde derselbe kaum in der Lage sein, dem Antrage Lipke zuzustimmen. Eine Herabsetzung dieser Minimalgrenze würde nur zu unsoliden Gründungen führen.

Abg. Dr. Porck erklärt namens seiner politischen Freunde (Centrum) sein volles Einverständnis mit den Beschlüssen der Commission. Bezüglich des Antrages Lipke bemerkt Redner, daß er auf dem Standpunkte der Regierungsvorlage stehe, und nur in der Absicht für die Herabsetzung des Mi-

nimalbetrages gestimmt hätte, um damit einen erheblichen Stein des Anstoßes der Herren von der Minorität zu beseitigen.

Abg. Sonnemann hält seinerseits zwar ebenfalls die Bedürfnisfrage im allgemeinen für unbefritten, nicht aber inbezug auf den vorliegenden Punkt. Er ist also mit der Tendenz des Antrages einverstanden. Der Zweck dieses Gesetzes könne doch nur dahin gehen, diejenigen, welche sich an Aktienunternehmungen beteiligen wollen, vor Verlust zu schützen, nicht aber die kleinen Capitalisten überhaupt an der Teilnahme an gewinnbringenden Unternehmungen zu hindern. Für den Fall der Ablehnung des Antrages Lipke stellt er übrigens für die dritte Lesung ein Amendement in Aussicht, welches den Minimalbetrag der Aktien auf 500 Mk. normirt.

Bundescommissar, Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Hagens constatirt im Gegensaß zu den Ausführungen des Abg. Lipke, daß die meisten Handelskammern sich für den Satz von 1000 Mk. als Minimalgrenze ausgesprochen haben.

Abg. Dr. Hartmann spricht sich gleichfalls im Sinne des Commissionsbeschlusses aus. Derselbe Abg. Dr. Meyer (Halle), welcher das Zustandekommen des Gesetzes in der von der Commission beschlossenen Fassung für dringend wünschenswert erachtet. Er glaube, daß, wenn es jetzt nicht gelinge, die im Aktienrecht vorhandenen Mängel zu beseitigen, im Laufe der nächsten Jahre Folgen eintreten könnten, für welche er die Verantwortlichkeit nicht übernehmen wolle. Er müsse ausdrücklich constatiren, daß die Commission in durchaus sachgemäßer Weise gearbeitet und daß viele der von derselben geäußerten Wünsche ein bereitwilliges und verständnisvolles Entgegenkommen bei den Vertretern der verbündeten Regierungen gefunden hätten. Er und ein großer Teil seiner politischen Freunde würden deshalb für das Ergebnis der Commissionsbeschlüsse eintreten und speciell auch für die unveränderte Aufrechterhaltung dieses Artikels. Eine Minimalziffer müsse festgestellt werden; es handle sich hier gar nicht um eine Prinzipienfrage, sondern um eine Zweckmäßigkeitfrage. Die von der Commission vorgeschlagene Ziffer entspreche sowohl den Kundgebungen in der Literatur wie den Ausführungen der berufenen Handelskammern.

Abg. Frhr. v. Aufseß bemerkt dem Antragsteller, daß für die kleinen Leute Actiengesellschaften überhaupt keine Garantie gewährt werden für Capital noch für Zinsen. Wollten die kleinen Leute ihr Capital nutzbar anlegen, so böten die Staatsanleihen ihnen hierzu genügend Gelegenheit.

Die Abgg. Kochmann und Büsing sprechen sich ebenfalls entschieden gegen den Antrag Lipke aus. Letzterer constatirt besonders, daß die Herren von der freisinnigen Partei, welche der Commission angehört und den Börsenverhältnissen sehr nahe stehen, sich voll und ganz auf den Boden der Vorlage gestellt haben.

Madeleine duckte still, daß der junge Mann ihre Hand an seine Lippen zog.

„Ich werde Sie retten, mag es kosten, was es wolle!“ sprach sie, einen eben gebachten Satz laut vollendend.

Dann sich aus ihrem Sinnen aufraffend, gewann wieder der Schalk die Oberhand, der ihrem ganzen Wesen einen so großen Reiz verlieh.

„Nur gehorchen müssen Sie mir in allen Stücken, was ich auch verlange!“ fügte sie lächelnd hinzu, indem sie den rothigen Finger erhob.

Am Abend war Schloß Wilhelmsthal in ein Meer von Licht getaucht.

In dem prachtvollen Tanzsaal, auf dessen mit rotem Atlas bekleideten Wänden sich grazios ein goldenes Blumen- und Blättergewirr zur Decke emporrankte, und in den weit geöffneten, anstoßenden Gemächern wogte ein fröhliches Treiben hin und her.

Im unteren Saal, dessen mattgrüne Farben dem geblendeten Auge durch das Vermeiden greller Contraste ein wohlthuendes Ausruhen gestatteten, waren reiche, blumengeschmückte Buffets aufgestellt. In großen Kristallkelchen perlte schäumender Champagner, und dieser verführerische Trank trug noch dazu bei, die ihm verwandten Geister des Frohsinns mehr und mehr zu entfesseln und dem Griesgrämigsten selbst ein Lächeln auf die Lippen zu zaubern.

„Es lebe die Freude!“ so lautete die Devise dieser gemüthlichen Gesellschaft und die Räume, in denen sich dieselbe bewegte, schienen nur dazu bestimmt zu sein, von Lachen und Scherzen widerzuhallen.

Königin Katharina trug das prachtvolle Costüm der Juno. Das diamantenfunkelnde Diadem schmückte ihr stolzes Haupt und ihre schöne Gestalt wurde noch auf das vorteilhafteste gehoben durch die antike Gewandung, die in graziosen Faltenwurf an der schlanken Gestalt herabfloß.

Auf ihrer Schulter trug sie als Attribut einen kleinen Pfau, dessen Rubinenaugen in feurigem Glanze funkelten.

Der König als Zeus schien sich gerade so viel um seine göttliche Gemahlin zu kümmern, als es sein mythologisches Vorbild der Sage nach gethan haben soll.

Desto weniger ließ er die Diana von seiner Seite, die in hoch aufgeschürztem Gewande, das läppige Haar nur durch einen diademartigen, silbernen Halbmond geschmückt, allerdings dazu angethan war, mit dem Pfeilgeschloß, das sie in der weißen Hand trug, Herzen zu treffen.

Die schwarze Larve verhielte nur wenig das schöne Gesicht, unter der Spitze derselben leuchteten die Purpurlippen verführerisch hervor und ein funkelndes Augenpaar wußte bald schwärmende, bald schelmische Blicke auszusenden.

Jupiter schien nur für die schöne Diana Sinn zu haben und ließ sie nicht von seiner Seite, indem er die finsternen Blicke, die Juno ihm nachschauerte, nicht zu bemerken schien.

Durch das Maschengewühl bewegte sich leicht und sicher eine zierliche, schlankte Gestalt, in das phantastische Gewand einer Sternenkönigin gehüllt. Die zarten Glieder umwogten die weißen, goldgestrichelten Stoffe und in den braunen Locken funkelte ein glänzendes Sternendiadem.

Sie war überall und nirgends, diese Sternenkönigin, und hatte auf alle Anreden schnel Antwort bereit.

„Wie allerliebste heute Fräulein von Fremont wieder aussieht!“ flüsterte der König der Dame an seiner Seite zu.

„Finden Sie, mein königlicher Herr?“ lachte die Gräfin de la Gardie boshaft. „Nun, die Marquis de Breteuil und Graf St. Roch schmachten ja auch in ihren Fesseln.“

„Graf St. Roche?“ fragte der König staunt. „Der junge Ehemann von kaum ein Woche?“

„Fragt die Liebe nach den Fesseln?“ gab Gräfin mit schwärmendem Blick zurück.

„Sie haben Recht, meine Schöne. Es lebe Freude!“

Ein frivolcs Lächeln umspielte die Lippen Königs.

Unter dessen war die Sternenkönigin mehrmals in Junos Nähe gekommen und hatte bedeutungsvolle Blicke mit derselben gewechselt.

Die Augen der Gesellschaft folgten unmerklich der bezaubernd schönen Erscheinung jeder erkannte das Fräulein von Fremont, nicht sonderlich bemüht schien, sich allzu sehr in der Maske zu verbergen.

Zwei Gestalten aber ließen das Fräulein aus den Augen; das war ein spanischer Graf und ein Oriental in reichem Costüm.

„Dieser verwünschte St. Roche!“ tuisch Gräfin. „Ist es denn nur möglich, einen Blick ungestört mit Madeleine zu sprechen?“

Der Marquis von Breteuil, der sich in dieser Maske barg, begab sich verdrücklich in

Der Antrag Lipke wird hierauf mit allen gegen ganz vereinzelte Stimmen abgelehnt und § 207 a unverändert genehmigt.

Desgleichen werden nach unwesentlicher Debatte eine Anzahl anderer Abänderungsanträge der Abgg. Lipke und Richter (Hagen) abgelehnt.

Artikel 182 enthält die Bestimmung, daß zu der im Gesellschaftsvertrage vorbehaltenen Einwilligung der Gesellschaft in die Uebertragung von Aktien, welche auf einen Betrag von weniger als 1000 Mk. lauten, die Zustimmung des Aufsichtsrates und der Generalversammlung erforderlich ist. Die Uebertragung dieser Aktien bedarf zu ihrer Gültigkeit einer die Person des Erwerbers beziehenden gerichtlichen oder notariellen Erklärung.

Abg. Richter (Hagen) befürwortet einen Antrag, welcher die Worte: „und der Generalversammlung“ und den letzten Satz: „die Uebertragung dieser Aktien“ gestrichen wissen will.

Bundescommissar, Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Hagen erklärt sich entschieden gegen den Antrag Richter, indem er die Notwendigkeit darlegt, daß der Handel mit minderwertigen Aktien möglichst ausgeschlossen sei, und daß andererseits ein Erfordernis zur Uebertragung der Aktien durch Blankocession nicht vorliegt.

Ebenso erklären sich die Abgg. Dr. Porzsch und Dr. Meyer (Halle) gegen den Antrag Richter, der darauf mit großer Majorität abgelehnt wird.

Der Artikel 174 a, welcher bestimmt, daß die persönlich haftenden Gesellschafter sich bei Errichtung der Gesellschaft mit Einlagen zu beteiligen haben, welche zusammen mindestens den zehnten Teil des Gesamtkapitals der Commanditisten und, wenn dieses 3 Millionen Mark übersteigt, für den übersteigenden Betrag den fünfzigsten Teil desselben darstellen, beantragt Abg. Lipke zu streichen. — Der Antrag wird abgelehnt und § 174 a unverändert genehmigt.

Nach Artikel 249 d soll mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. bestraft werden, wer in öffentlichen Bekanntmachungen falsche Thatsachen vorbringt oder wahre Thatsachen entstellt, um zu einer Beteiligung an einem Aktienunternehmen zu bestimmen. (Außerdem kann auch auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.)

Hierzu beantragen:
1. Abg. Dr. Meyer (Halle) einen dahin gehenden Zusatz, daß, wenn diese Bekanntmachung in einer periodischen Druckschrift erfolgt ist, die Bestimmungen dieses Gesetzes auf dieselbe keine Anwendung finden sollen.

2. Abg. Träger den Zusatz dahin zu fassen, daß, wenn die öffentliche Bekanntmachung in dem Inseratenteil einer periodischen Druckschrift erfolgt ist, die Bestimmung des § 20 Abs. 2 des Preßgesetzes keine Anwendung finden solle.

In der Discussion befragt zunächst Abg. Dr. Meyer (Halle) seinen Antrag. Er habe nicht die Absicht, bei dieser Gelegenheit gegen das Preßgesetz zu polemisieren, aber man könne doch unmöglich so weit gehen, der Bestimmung des § 20 des Preßgesetzes eine Ausbehnung zu geben, daß der Redacteur als Betrüger bestraft werde für die Aufnahme eines Inserats, dessen verbrecherische Zwecke er gar nicht gekannt.

Abg. Träger will zur Wahrung des Prinzips des Preßgesetzes die Verantwortlichkeit des Redacteurs auf den redactionellen Teil beschränken, denn hier handelt es sich um eine unmittelbare Meinungsäußerung. Was aber den Inseratenteil anlangt, so könne der Verantwortlichkeit dafür dem Redacteur derselben nur insoweit zufallen, als dies in Interesse der öffentlichen Ordnung notwendig scheint.

Staatssecretär des Reichsamts des Innern, v. Schelling erklärt sich gegen die Annahme der vorliegenden Anträge. Schon jetzt liege die Sache so, daß, wenn der Richter die Ueberzeugung gewinnt, daß der Redacteur hintergangen worden, oder daß er den Inhalt des Artikels nicht

aufrichtig hinab, um mit einigen Gläsern Champagner seinen Mißmut zu zerstreuen.

Madeleine, die stets dem ihr widerwärtigen t. Noche ausgewichen war, hatte endlich, um als rachsüchtig bekannten Mann nicht allzu sehr zu erzürnen, ihm einen Tanz gewährt und er dann von ihm zu einem von ippigen Blattsätzen halb verdeckten Platz geführt worden.

„Endlich“, flüsterte der Graf, „endlich wird die Gelegenheit, mit Ihnen, mein Fräulein, sprechen. Fast muß ich eine Absicht vermuten, daß Sie sich mir immer zu entziehen verstehen.“

„Verlangen Sie besondere Berücksichtigung für mich, Graf?“ fragte Madeleine. „Ich wüßte nicht, daß ich Ihnen dieselbe mehr wie jedem anderen erteile.“

„Seien Sie nicht grausam, Madeleine“, sprach Erregte, indem er die Maske abnahm und zwar schönes, aber durch den stehenden Blick dunklen Augen unangenehmes Gesicht zeigte. „Wissen Sie, welche Gefühle mein Herz für Sie empfindet.“

Madeleine konnte eine Geberde des Abscheus unterdrücken.

„Sie schmerzen, Graf“, erwiderte sie, indem sie zu einem Nicken zwang, „wenn Sie, der Sie Chemann, einer anderen Dame gegenüber zärtlichen Gefühlen sprechen.“

Und Sie, Madeleine, fügen Ihrer Grausamkeit bitteren Hohn hinzu!“ rief der Graf. „Sehen Sie eine Gemahlin, diese Drahtfigur!“ fuhr er, indem er auf eine Dame zeigte, die in einer überliegenden Gasse in einem Sessel saß.

In der That ließ sich nichts Reizloferes denken, diese Frau mit dem roten, glanzlosen Haar

kennt, der Betreffende nur wegen Fahrlässigkeit bestraft werden kann. Also bei Delicten dieser Art sei die Verantwortlichkeit des Redacteurs nicht so gefährlich. Daß eine Person vorhanden sein muß, welche die Verantwortlichkeit für strafbare Artikel zu übernehmen habe, halte er für selbstverständlich. Eine Trennung des redactionellen von dem Inseratenteil sei wol thatsächlich durchgeführt, sie entbehre aber der rechtlichen Grundlage.

Abg. Dr. Majunke kann sich nach den auf dem Gebiete des Actienwesens in der sogenannten Grünberzeit gemachten Erfahrungen mit den Anträgen nicht einverstanden erklären, denn dieselben würden zur vollständigen Straflosigkeit derartiger Preßvergehen führen. Es handle sich hier nicht um Preßfreiheit, sondern lediglich um Betrugsfreiheit.

Abg. Dr. Hartmann spricht sich gleichfalls für Aufrechterhaltung der Commissionsbeschlüsse aus.

Abg. Dr. Windthorst ist keineswegs für absolute Straflosigkeit, glaubt aber, daß ein gewissenhafter Redacteur die Verantwortlichkeit in dem Umfange, wie sie dieser Artikel fordert, gar nicht übernehmen könne. Der § 20 des Preßgesetzes statuiere eine Beweislast zu Ungunsten des Redacteurs. Wenn diese Frage vollständig geordnet werden sollte, müßte dies also bei dem Preßgesetze geschehen. Damit sei er indes einverstanden, daß der Redacteur eines politischen Blattes für den redactionellen Teil voll und ganz die Verantwortlichkeit trägt; dagegen könne er nicht so weit gehen, diese Verantwortlichkeit auch auf den Inseratenteil in vollem Umfange auszuweihen. Er wolle den Redacteur diesbezüglich entlasten, für den Fall, daß die betreffende Mitteilung in dem Inseratenteil von dem Verfasser unterzeichnet ist, daß dieselbe unterschrieben ist von dem, der sie inseriert, daß aus dem Inserat hervorgeht, wer es verfaßt hat. Er erlaube sich also, zu dem Amendement des Abg. Träger das Zusatzamendement zu stellen, vor den Worten: „keine Anwendung findet“, zu setzen: „und der Verfasser des Inserats unter demselben nicht nur genannt, sondern auch unter der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates steht.“

Abg. v. Lechitz-Steinrich erklärt sich auch gegen das so combinirte Amendement Träger-Windthorst, weil durch dasselbe das Princip des Preßgesetzes durchbrochen würde.

Staatssecretär des Reichshofamts Dr. v. Schelling stimmt diesen Ausführungen zu. Dasselbe würde auch gar keine Garantie dafür bieten, in jedem Falle wirklich den Schuldigen zu treffen. Ganz abgesehen davon, daß die Ermittlung der Verfasser die größten Schwierigkeiten bieten würde, komme noch in Betracht, daß die schlechten Börsenblätter sich dadurch geradezu aufgefordert fühlen möchten, sich Leute zu engagiren, welche derartige Rundgebungen unterzeichnen. Er bitte um Ablehnung der Anträge.

Abg. Dr. Meyer zieht sein Amendement zugunsten des Träger-Windthorst'schen zurück, das indes abgelehnt wird. Artikel 249 d, sowie die übrigen Artikel der Vorlage werden unverändert genehmigt.

(Der Herr Reichszanzler Fürst von Bismarck wohnte auch der heutigen Sitzung längere Zeit am Bundesratsstische bei.)

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Rechtengesetz, Petitionen, Wahlprüfungen).

Politische Tages-Rundschau.

§ 24. Juni. Der Reichstag beschloß sich in seiner heutigen Sitzung zunächst mit der zweiten Beratung des Entwurfes eines Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen von Angehörigen des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine. Die Commission hat dem die Verpflichtung der Offiziere zur Errichtung von Witwen- und Waisengeldbeiträgen zur Reichskasse festsetzenden § 1 einen Zusatz gegeben, nach welchem sich diese Verpflichtung auf katholische Militär- und Marine-Gesellschaften nicht

und dem von Sommerproffen bedeckten Gesicht, aus dem ein Paar mattblauer Augen müde und gelangweilt in die Welt blickten.

Ihre dürre Gestalt war in ein Gewand von altdeutschem Schnitt gehüllt; sie hatte für einen Moment die Maske abgenommen und sah teilnahmlos dem glänzenden Treiben zu.

„Haben Sie diese Frau nicht vor kurzer Zeit erst zu Ihrer Gemahlin erwählt und ihr Treue vor dem Altar geschworen?“ fragte Madeleine empört.

„Sie werden doch nicht verlangen, daß ich in Wahrheit verliebt sein soll in ein so reizloses Geschöpf?“ lachte der Graf frivol. „Was wollen Sie?“ Man ist ein Opfer seiner Verhältnisse und muß seinen alten Namen durch Vergoldung ein Relief geben. So ging es auch mir. Treue schwören und sie halten, in unserer Zeit hat man solche Ansichten längst abgestreift. Denken Sie groß, Madeleine! Erheben Sie sich über das Vorurteil der Menge und schenken Sie mir Ihre Liebe. Madeleine, machen Sie mich zum glücklichsten aller Sterblichen!“

Des Grafen stehende Augen funkelten vor Leidenschaft und sein schönes Gesicht machte in diesem Augenblick den Eindruck eines Dämons.

Madeleine wollte aufspringen und entfliehen, da erfaßte der Graf ihr Handgelenk mit festem Griff.

„Wie können Sie es wagen, mich zu berühren?“ rief das junge Mädchen. „Lassen Sie mich los, mein Herr.“

„Wenn Sie mir versprechen wollen, nicht sogleich diesen Platz zu verlassen“, raunte der Graf ihr zu.

erstrecken soll; weiter hat die Commission den § 2 der Vorlage gestrichen, wonach die zum Nachweise eines bestimmten Privateinkommens oder Vermögens vor der Erteilung des Heiratsconsenses verpflichteten Offiziere von der Entrichtung jener Beiträge befreit sein sollten. Der Abg. von Gerlach beantragte die Wiederherstellung dieses Paragraphen, während ein Antrag des Abg. Frhrn. v. Minnigerode der bezeichneten Kategorie von Offizieren eine Ermäßigung der Beiträge (Nacht 3 pSt. des Einkommens nur 1 pSt.) gewähren wollte. Nach längerer Debatte, an welcher sich Redner aller Parteien des Hauses beteiligten und in welche auch der preussische Kriegsminister Bismarck von Schellendorff, sowie der königl. bayrische, resp. königl. württembergische Bundesbevollmächtigte, die Herren Frhr. v. Kessel und v. Faber du Faur eingriffen, wurden die gestellten Anträge abgelehnt. Der ganze Entwurf wurde durchweg in der unveränderten Fassung der Commissionsbeschlüsse angenommen. — Nachdem darauf eine Reihe von Petitionen von untergeordnetem Interesse im Sinne der bezüglichen Commissionsbeschlüsse erledigt worden, verursachte der letzte Gegenstand der Tagesordnung, der Bericht der Wahlprüfungscommission über die Wahl des Abg. Leuschner im 17. Wahlkreise des Königreichs Sachsen eine längere Debatte. Während die Commission die Ungültigkeitserklärung der Wahl, sowie die Ueberweisung des bezüglichen Protestmaterials an die königl. sächsische Staatsregierung zur Kenntnisnahme beantragte, ging ein Antrag des Abg. v. Köller dahin, die angefochtene Wahl für gültig zu erklären. Dieser Antrag vereinigte jedoch nur die Stimmen der rechten Seite auf sich. Der Antrag der Commission wurde mit erheblicher Majorität angenommen. — Morgen Anträge Ademann (Zehrlingsfrage) und Windthorst (Expatriation) in dritter Lesung.

NLO. Die Colonialpolitik des Reichszanzlers. Die Sitzung der Budgetcommission des Reichstags vom 23. ist den wichtigsten Ereignissen dieser Session zuzuzählen. Seit Jahren ist man über die Stellung unseres leitenden Staatsmannes zu den in Deutschland immer populärer werdenden Colonialbestrebungen im Unklaren gewesen; jetzt hat die Postdampfersubventionsvorlage dem Fürsten Bismarck Gelegenheit gegeben, diese Stellung deutlich zu bezeichnen. Sein Programm ist klar und nett. Keine künstliche Colonien-gründung von Reichswegen, wol aber Schutz des Reiches für die aus der privaten Initiative von Reichsangehörigen hervorgegangenen, sozuzagen wildgewachsenen Unternehmungen. Ausdrücklich hat der Kanzler dabei auf das Beispiel der Entdeckung des ostindischen Reiches hingewiesen. Wie sehr er jeder staatlichen Unternehmung in dieser Richtung widerstrebt, erhellt am besten aus der dem Abg. Richter gegenüber gegebenen Versicherung, daß er die Reichskasse nicht mit einem Groschen für die Gründung von Colonien in Anspruch zu nehmen beabsichtige. Es ist bezeichnend, welche Wirkung diese unzweideutigen Erklärungen übten. Herr Windthorst meinte, daß sie dem „Colonialschwindel“, wie er zur Zeit namentlich in Süddeutschland herrsche, eine heilsame Ernüchterung bereiten würden; Herr Hammacher erkannte in ihnen ein durchaus rationelles und billigeswertes Programm; Herr Richter bestritt die Zweckmäßigkeit einer generellen Stellungnahme in der Colonialfrage und hielt die Entscheidung von Fall zu Fall für das allein richtige; Herr Bamberger aber erging sich in einer scharfen, ja bissigen Kritik, deren practischer Sinn, wie der Kanzler treffend bemerkte, allein darauf hinauslaufen konnte, daß dem deutschen Reiche jegliche Colonialpolitik grundsätzlich zu unterzogen sei. Man kennt die Geringschätzung, mit welcher Herr Bamberger jede deutsche Colonisationsbestrebung im voraus verurteilt, daß er aber auch deutschen Ansehlungen, die nun einmal gegen seine bessere Einsicht auf bis dahin von einer civilisirten Macht nicht occupirtem Gebiete aus eigener Kraft entstanden sind, den Schutz des Reiches nicht gewähren will, das erfahren wir erst jetzt. Und interessanter noch, als dieser Standpunkt selbst, ist seine Begründung. Lediglich die Furcht vor Verwickelungen mit den feindlicheren Mächten bestimmte Herrn Bamberger. Wiederholt sprach er von „Nasenstüßern“, welche die deutschen Colonisten von Engländern oder Franzosen erhalten könnten, und er schien zu glauben, daß wir denselben gegenüber machtlos sein würden. So tief rebete er sich in seine Sorge um die für die Ehre und die Ruhe Deutschlands gefährlichen Verlegenheiten hinein, daß er schließlich rund heraus der überseefischen Politik des Kanzlers ein Mißtrauensvotum erteilte. Bitter aber gerecht antwortete ihm der Kanzler mit dem Ausdruck der Befriedigung darüber, daß diese Rede, die im Munde eines englischen Staatsmannes sich recht gut ausgenommen haben würde, nicht in öffentlicher Reichstags-sitzung gehalten sei. In der That ist es ein trauriges Schauspiel, einen von nationaler Begeisterung einst so durchglänzten Mann, wie Herr Bamberger, jetzt so kleinmütig von der Machtstellung des deutschen Reiches denken zu sehen. Muß es nicht tief beschämend für ihn sein, von demselben Staatsmanne, dem auch er als dem verdienstlichsten Gründer des deutschen Reiches einst zugejubelt, sich fragen zu lassen, ob er das Jahr 1870 ganz vergessen habe? sich aus seinen eigenen Neben Stellen vorlesen zu lassen, welche jenen krämerischen Kleinmuth auf's schärfste verurteilen? Ohne jeden Anflug von Ruhmredigkeit, mit jener durch das Bewußtsein der eigenen Friedensliebe getragenen Ruhe und Offenheit hat Fürst Bismarck auseinandergelegt, wie das Gewicht, welches dem deutschen Reiche in Europa beizubringen, der Werth, den seine Freundschaft für jede andere Macht habe, auch ohne gewaltigere Flotte aus-

reiche, jene „Nasenstüßern“ zu verhüten und berechtigten deutschen Wünschen Berücksichtigung zu sichern. Und der Kanzler war ja in demselben Augenblicke in der That, mit dem Ausgange der Verhandlungen über die Agura-Paquena-Frage einen concreten Beweis für Richtigkeit seiner Auffassung beizubringen. Mit Freuden wird man in den weitesten Kreisen die betreffende Ausrückung des Reichszanzlers begrüßen, und nicht ohne die Andeutungen auf einige andere noch nicht zur Veröffentlichung geeignete Fälle, in denen ebenso zu handeln beabsichtige. Das Mißtrauensvotum des Herrn Bamberger wird — darf man überzeugt sein — selbst in der „fiskalischen“ Partei nicht ungetheilten Beifall finden; die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes wird auch in den jetzt an die Öffentlichkeit gelangten colonialpolitischen Grund-sätzen nur einen neuen Ausdruck jener staats-männlichen Weisheit erblicken welche der auswärtigen Politik des Fürsten Bismarck seit langen Jahren das allgemeinste und unwandelbarste Vertrauen gewonnen hat. Der wiederholt aufs lebhafteste geäußerte Wunsch des Reiches, durch die Plenar-abstimmung über die Postdampfersubvention seinen colonialpolitischen Standpunkt noch in der gegenwärtigen Session einer klaren Entscheidung des Reichstags unterzogen zu sehen, wird durch den Widerstand des Centrums und der „Freisinnigen“ vereitelt. Damit wird jedoch die diesen beiden Parteien höchst unbecommene Sache nicht begraben werden. Im Gegentheil, die Frage ist gestellt und das Fardebekennen wird keiner Partei erspart werden.

* Breslau, 23. Juni. Die „Breslauer Zeitung“ meldet über das Grubenunglück bei Schwientochlowitz: Am 20. d. M. nachmittags drang infolge Tagebruchs Wasser in die Grube „Deutschland“ ein, wodurch ein Schacht, in welchem sich etwa 30 bis 40 Leute befanden, unter Wasser gesetzt wurde. Ein anderer Schacht, durch welchen die Leute gerettet werden konnten, ist wegen ungünstiger Wetter nicht zu befahren; sechs Arbeiter, die trotzdem zur Rettung ihrer Kameraden eintraten, sind bereits für verloren gehalten worden, sind glücklich gerettet worden.

Provinzielle Nachrichten.

Pringen-tär ist worin

beim Pro-wur

en bei

4 ab. Wanne 8 4,19 1e Abf. 53 2,19

th-Röhl 0 12,32

nd 8,56 2 1,45 01 4,40

m 5,20 10 3,34 24 9,05 endreer) rtumnd 5 5,39 dhum). 11 1,46 2 von 10 1,59

en 5,25 5 3,39 9,10. 10 2,53

schelm.) 36 5,30

15 10,00 20. 11 5,39 12 8,39 54 8,24 10 5,52

ab 5,53

40 9,15

17 8,40 10,07. 10 5,05

ab nach 12,09 10 5,05

ab nach 12,09 10 5,05

10 1,12 40 12,2

10 1,12 40 12,2

10 1,12 40 12,2

10 1,12 40 12,2

10 1,12 40 12,2

10 1,12 40 12,2

10 1,12 40 12,2

10 1,12 40 12,2

Der Gegenstand Heinrich- und Marktstraße liegt, daß, weil für Pflasterung nur noch 5000 Mk. vorhanden sind, die Heinrichstraße jedoch 6000 Mk. kosten würde, die Straßen im nächsten Frühjahr nicht gepflastert werden können.

Vorsitzender bedauert, daß die nächste Tagssitzung betreffend Anstellung einer in Aussicht genommenen bringlicher Communalsteuer nicht stattfinden kann.

Vorsitzender teilt noch, daß von hiesigen Fleischhauern und endlich ein Geschäft wegen Abführung von Wasser aus dem Kaiserplatz auf dem Herren fons flagbar vor Sparasse sollen von h

darüber, von ein und zählt, angenommen und werden.

* Gelsenkirchen, 25. verschied an Altersschwäche. St. Dr. Brötel, 80 war der älteste Arzt der Stadt, der sich in dem j

vollkommenen Begriffe: Nedendorf-Schalke-Wanne c. 4 Jahre vor Errichtung gegründeten 1. Apotheke

Bekanntmachung Das Bureau der 4. Compagnie (Gattingen) n dem 1. Juli cr. aus dem des Wirts Anger — 207 272 — in Gattingen in d des Unternehmers G — an der Bochumer Chas 66 — in Witz verlegt. Bochum, den 23. Juni Königlich-Preussische Com

Deffentliche Versteigerung Am Freitag, 27. d. morgens 9 Uhr u. nachm anfangen, werde ich im des Wirts Herrn Conra terscheid, in dessen Loca hagen, wegen Aufgalt st-hender Gegenstände, al

200 Pfd. Wollgarn, rantsstände vertheilt. ca. 40 Tugend Sod Dugend bunte Stramm Dugend weiße Et 50 Dugend Kinderst 150 wollene Lächer, pugen, 50 Mannsjae Gantjaden, 200 Un (wollene, Filz- und Kin 200 Unterhosen für und Herren, 500 Ver Genden, 200 Arbeit u. Mittel, 50 Kinder 75 Corsetts, 50 U Kinderredbetten, Com Gofenträger, Comm Tischdecken, Schmu weiße Galtienhemder

ferner: 1 Real für Manufac Bollwaren, 2 neue Bilder, 2 Dugend Tische, Bettstellen, ständiges Federbett, maschine, 1 Mantel Säulenofen, 1 Spiel 22 Balen (18 verchied spielend), 1 Kleiderst Glasschrank, 200 l schen, 1 Kinderbett Kinderstisch, 1 Put Dackelstier, vier Penster, zwei Scha 1 Einger Nähmaschi Cigarren

Öffentlich meistbietend baare Zahlung verkauf

R. Geldern, A

50 Rippfarr und kräftig arbeiter Unterzeichn und dauern

tigung. Joh. Gottfr. A

Unternehmer, Rotthausen bei Gels

40 12, 2

Herr Rechtsanwalt Dr. Hüsgen aus Düsseldorf sprach über die kirchenpolitische Lage der neueren Zeit und forderte energisch die gründliche Aufhebung der Kirchengesetze. Die Revision der sog. Kampfgesetze habe nicht geholfen. Die Regierung habe sich die Verumpfung des Kulturkampfes zum Ziele gesetzt und dagegen müsse gerade am meisten angeknüpft werden. Nedner schildert eingehend die Verhandlungen der Regierung mit Rom, bei welchen der heilige Vater seine Friedensliebe in weitgehendster Weise bekundet habe. Endlich sei auch ein Bischof nach dem andern zurückgerufen worden, als aber die Frage gestellt wurde, ob auch der Erzbischof Paulus Melchers zurückkehren werde, da erscholl vom Ministerfisch im größtem Tone ein „Niemaals“ (Pui!) und dies Niemaals würden die Katholiken der Rheinprovinz nie vergessen und stets daran denken, besonders wenn sie zur Wahlurne schreiten. Nedner bezeichnet das jetzige System als ein System der Halbheit und führt aus, daß, wenn es gelänge, die Katholiken einzuschläfern, die Regierung damit mehr erreicht haben werde, als mit den schärfsten Kulturkampfgesetzen. Deshalb müßten die Katholiken ausharren, wachen und beten.

Sämtliche Schuh- und Comptoir-Artikel empfiehlt J. Jent, Belzenkrath.



Die „Emsiger Zeitung“
Beilage: „Allgemeines
Raum 15 Nr. 14“

Allgemeines

30

Das Verständnis eines Schuges der Producte nimmt zu, und zwar selbst in Beweis hierfür bildet die „Emsiger Zeitung“, wo aufmerksamer macht, wirttschaft durch die drohen. Das Blatt folgendes:

„Trotz der bedeutungsmasse die das geringe Teil der ein ungefähr 90 Prozent dem Consum des amerikanischen Farmer auf den einheimischen schuß, für welchen vermögens, gelangt zur Verschiffung gelangen, denselben auf den europäischen Landwirt landliche Farmer wird in allen Umständen entleere eine Einbuße dabei der ausländische Concurrenz zu muß es auch der Die sible Lage, in we des Ackerbaues in Europa in volkwirtschaftliche Beziehung zu ernsten und bei der Würdigung welche für die gesamte die Concurrenz herbeigepreisen entspringen, die großen Nachteile nicht wichtigsten Produktionskraft dadurch zugefügt Smith von der Regel Ausnahmen zugeführt, des Landes sie erforder ten, daß ein ausreich lichten Bedingungen d Andererseits ist an e ländischen Mitbewerbes zumal Schutzmaßregeln zweige, bei der Unvern im Lande gar nicht den Gesamtheit des Ackerbau nur den einen Zweig Wenn dagegen als Urfa Metastabilität des Ackerb mit Steuern und son wird, wie dieses noch für lichen Enquête für da gefehen ist, so bedarf

Der lachen

Und wenn zum
Du Deinen Kum
Und findest rings
Statt Sonnenbl

So sei ein Held
Des grangebor'n
Und lünde Dir ei
In Deinem eig'n

Und ob auch Wel
Nicht es gering ur
So wird hell me
Und Deine Seele

Und wenn Du al
Strahlst die Natur
Wann über Dich
Nacht auch der Hi

8) Schloß Wi
Novelle aus den schweren
von A.

Ein Blick voller Ber
Augen streifte sein Gesicht
Sie war wieder auf
Mit dem Fächer sich stüt
nach Atem.

Vor ihr stand in den
und nur seine funkelnden
Erregung.

„Der Glende!“ doch
„Könnte ich ihn strafen
Estrafen?“

Ein jäher Gedanke br
Sie hatte keinen W
jungen Deutschen, dem si

Es wird sogar die Stellungnahme der verschiedenen Parteien zu den Forderungen der Ultramontanen besprochen. Von den Conservativen sei nichts zu erwarten. Der Fortschritt wolle eine freie Kirche nur, wenn sie von der sog. modernen Wissenschaft tot gemacht sei. Nur die Nationalliberalen, die alten Kulturkämpfer, könnten noch etwas nützen dadurch, daß sie den Kulturkampf stets wieder aufreichten. Die Centrumsfraction kenne nur ein Programm und das heiße: „Fort mit dem ganzen Strömungskampf! Fort mit den Malgefeßen!“ Darauf stehe und falle es. Das katholische Volk aber fühle sich an die Entscheidung des heiligen Stuhles gebunden und die Kirche rufe ihnen zu: „Wenn es zur Wahlurne geht, dann kämpft für mich!“ Wie der politische Machthaber sein Heer hinter sich habe, so stehen alle gehorsamen Katholiken da als die Armee des heiligen Stuhles.

Herr Wiese teilt mit, daß der Reichstagsabgeordnete Herr Stöckel an der Teilnahme an der Versammlung durch zu viele Arbeit in der Commission verhindert sei, worauf der Landtagsabgeordnete Herr Hise aus M.-Glabach in längerer Rede die christlich-socialen Frage behandelte und der Centrumsfraction das Verdienst zusprach, die Lösung der socialen Frage angeregt zu haben. Die katholische Kirche sei einig, während auf allen anderen Gebieten Verfall und Entzweiung herrsche. Die Staatsgesetzgebung müsse wieder auf das Christentum gestellt werden. Redner fordert im Anschluß an die Versicherungsgesetzgebung ein verbessertes Fabrikgesetz, die Einführung eines Normalarbeitertages, der im Reichstage von liberaler Seite als Schreckbild hingestellt werde, eine geordnete Sonntagsruhe und Beschränkung der Nachtarbeit, ferner eine Revision der Actiengesetzgebung und die Einführung einer Börsensteuer.

Herr Wiese dankt den Vorrednern und bezeichnet als Hauptveranlassung der heutigen Versammlung das Wort des Cultusministers „Niemals“ auf die Forderung der Rückberufung des Erzbischofs Paulus. Der Spieß aber könne sich auch mal umdrehen und das katholische Volk sagen: „Niemals, Excellenz!“ Es komme nur darauf an, daß das katholische Volk nicht müde werde, den Kulturkampf nicht versumpfen lasse und immer von neuem zeige, daß es ein Ende gemacht haben wolle mit dieser Gesetzgebung, um nützlicheren und bedeutenderen Arbeiten Platz zu machen. Fürst Bismarck wolle gern den Kulturkampf abschaffen, wenn ihm das Centrum nicht im Wege stünde, es sei deshalb eine hochpatriotische That, wenn man die Forderung stelle: Macht dem Kulturkampfe ein Ende durch gänzliche Aufhebung aller Malgefeße. Es verlängere dies möglicherweise die Lebensstage des erlauchten Fürsten Bismarck. Aber man scheue die Discussion über diese Geße, zu

deren Waterschaft sich niemand mehr bekennen will und die selbst desavouirt werden von dem, der ihnen den Namen gegeben. Das Recht der Katholiken stütze sich auf das feierliche Kaiserwort bei der Krönung in Königsberg, wo allein der katholische Bischof es war, der nicht nur von den Pflichten, sondern auch von den Rechten des katholischen Volkes gesprochen und dem der König erwiderte: „Ich weiß und kann es mit Befriedigung aussprechen, daß die Zustände der katholischen Kirche nach Recht, Gesetz und Verkommen in geistlicher Weise geordnet sind.“ Wenn nun nach Verkommen die Beziehungen in geistlicher Weise geordnet waren, weshalb damit brechen, weshalb die feierlich beschworene Verfassung ändern und gerade diejenigen Paragrafen ausmerzen, deren Aufhebung man als den Leichenstein der katholischen Kirche bezeichnet habe. Man spreche nun von mangelnder Friedensliebe des Papstes, wo dieser doch es sei, welcher die Hand zur Versöhnung biete. Herr Wiese wendet sich in längerer Auseinandersetzung gegen die Dispensfrage und beklagt, daß sogar solche Geistliche nicht zugelassen worden seien, die ihre Studien gemacht haben in Rom, an der Urquelle der Wahrheit, dort, wo der heilige Vater seine geistliche Ausbildung erlangt habe und die Studien überwache. Nach einem Resumé über die Vorreden verlangt Herr Wiese die Veröffentlichung der Correspondenz mit Rom, namentlich auch der päpstlichen über die Friedensverhandlungen. Daraus werde man am besten erkennen können, auf welcher Seite man den Frieden wolle. Redner geht sodann zum Institut der Propaganda über, bezeichnend es dabei als eine Schmach, daß die revolutionären Kohorten des Königs von Italien unter deutschem Schutz in die heilige Stadt gedrungen seien und fordert zum Schluß die Rückkehr des Bischofs Melchers. Auf die Erfüllung dieses Verlangens werden die Katholiken fort und fort bestehen, bis es erfüllt sei. Es komme nur darauf an, wer den längsten Atem habe, das katholische Volk oder der Cultusminister. Herr Wiese schlägt schließlich eine Gratulation des Erzbischofs Paulus zu seinem bevorstehenden Namensstage vor, welcher Vorschlag ebenso genehmigt wird, wie die vorgesehene Resolutionen, welche verlangen:

- 1) Die Beseitigung aller Geße, welche die Kirche in der freien Ausübung ihrer Thätigkeit beschränken.
- 2) Die Versammlung begrüßt freudig alle Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der productiven Stände (Ackerbau, Handwerker, Arbeiter) und spricht die Ueberzeugung aus, daß ohne die volle ungehemmte Mitwirkung der Kirche den socialen Schäden nicht wirksam begegnet werden kann.

3) Die Versammlung dankt der Centrumsfraction für ihr mannhaftes Eintreten für die volle Freiheit der Kirche und die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen.

4) Die Versammlung erkennt in dem Erzbischof Paulus ihren von Gott eingesetzten Oberhirten und erneuert demselben die Versicherung ihrer unverbrüchlichen Treue.

5) Die Versammlung verurteilt mit größter Entrüstung die rechtswidrige Einziehung der Güter der Propaganda, des Gesamteigentums der katholischen Welt, umsomehr, als dasselbe ganz und voll der Missionsthätigkeit der Kirche und der Civilisirung der Welt gewidmet ist.

Die Versammlung wurde nach dreistündiger Dauer mit einem Hoch auf den Erzbischof Paulus geschlossen. (Mh.-B. 3.)

Landwirtschaftliches.

** Die Müdigkeit und Schläfrigkeit, welche sich nach dem Mittagessen (besonders bei blutarmen Personen) einstellt, rührt davon her, daß nach der Mahlzeit das Blut sich teilweise aus dem Gehirn nach den Werkzeugen der Verdauung entleert. — Während des Schlafes wird aus dem Gehirn Blut an die Arme und Beine abgegeben. Daher kommt es, daß derjenige, welcher aus dem tiefsten Schlaf plötzlich erwacht, eine geraume Zeit braucht, bis er wieder „zu sich selbst kommt“, und zwar dauert das so lange, bis dem Gehirn wieder so viel Blut zugefloßen ist, als es zur geistigen Arbeit braucht.

** Nützlichkeit der Heidelbeeren. Die Heidelbeeren können so vielseitig benutzt werden, daß einige Worte darüber nicht am unrechten Platze sein werden, zumal da dieses Landesproduct sich häufig findet. In vielen Gegenden gewähren sie zur Zeit ihrer Reife oft mehrere Wochen hindurch das fast ausschließliche Nahrungsmittel der Kinder und selbst erwachsener Personen; ferner dienen sie auf eine unschädliche Weise zum Färben der Weine und Liqueure. Vor allem aber verdient ihr medicinischer Nutzen Beachtung, und dieser ist zum Glück den Landeuten viel mehr bekannt, als vielen Städtern. Viele Bauerfamilien lassen die gedörrten Heidelbeeren nie ausgehen; mit ein bis zwei Gläser voll davon, in mehr oder weniger Wasser aufgelöst, lauwarm genossen, stillen sie die Diarrhöe sehr schnell, ohne eine nachtheilige Rückwirkung befürchten zu müssen. Sehr wahrscheinlich würde sich dieses einfache Mittel auch bei Choleraanfällen als heilsam bewähren; auch in vielen anderen Fällen dürfte es heilsame Wirkungen haben, und nicht mit Unrecht sagt das alte Sprichwort: „Geraten die Heidelbeeren gut, so ist es keine Zeit für Krankheiten.“

angemessene Dimensionen gelten 14 cm 12 cm Breite und 20 cm Länge; vor der Verwendung werden die Klöße in Steinkohlenteer gekocht, was in mehrfacher Beziehung von Vorteil ist. In die Fugen der Klöße rammt man eine Mischung von Sand, Teer und Cement, überstreicht das Ganze nochmals mit Teer und bringt eine dünne Sandschicht darauf. Leider stellen sich die Kosten dieses Pflasters sehr hoch.

Vermischtes.

** [Ehrengabe.] Das Centralcomité des schweizerischen Schützenvereins sendet an das deutsche Bundeschießen in Leipzig eine Ehrengabe im Werte von 500 fr.

** Die Deringsschneide an der Ostsee ist in diesem Frühjahr sehr ergiebig gewesen. An einem Tage sind allein in Stralsund 1500 Wall oder 120 000 Stück an den Markt gekommen. Freilich waren die Preise so niedrig, daß der Verdienst der Fischer nur knapp war. Die Preise sanken zu Zeiten bis auf 10 Pfennige pro Wall von 80 Stück.

** [Interessante Entdeckung.] Im Meeresgrund bei Gibraltar ist eine interessante Entdeckung gemacht. Ein Taucher, der auf der Höhe der Küste gegenüber Gibraltar unter dem Apesshügel damit beschäftigt war, ein jüngst versunkenes Wrack aufzufinden, entdeckte auf dem Meeresgrunde 80—100 große Kanonen, zumeist 24- und 32-Pfünder, sowie zwei große Anker. Man mutmaßt, daß die Geschütze einem großen Linienschiffe angehört, welches möglicherweise nach der Schlacht von Trafalgar (21. October 1805) gesunken. Mangels gehöriger Apparate konnte keine der Kanonen an die Oberfläche gebracht werden, sodaß es nicht möglich war, deren Nationalität zu ermitteln.

Nur 4 Wochen! Manufactur-, Herren- und Damen-Confections-Geschäft von David Spiero, Gelsenkirchen, Nr. 21 und 23 Bahnhofstrasse Nr. 21 und 23. Nur 4 Wochen! Grosser, gänzlicher Ausverkauf

Nur 4 Wochen! zu staunend billigen Preisen. Nur 4 Wochen!

Ein properes
Mädchen,
im Waschen und Bügeln erfahren,
gesucht. Zu erfragen unter Nr. 993
in der Exped. d. Bl.

Bade-Anstalt

Josef Wieser,
Hermannstr. Gelsenkirchen
gibt täglich
kalte, warme, Salz- u.
Mutterlauge-Bäder
nach Verordnung der Herren
Ärzte.

Wegen anderweitiger geschäftlicher Unternehmungen beabsichtige ich, mein hiesiges Geschäft aufzugeben.

Verkaufe deshalb meine sämtlichen

Manufactur-Waren-Bestände,

um möglichst rasch damit zu räumen,

zu und unter Einkaufspreisen.

Adressiert Ladenlocal nebst Wohnung

M. D. Weltert,

Gelsenkirchen, Kreuzstr. 1, neben der neuen ev. Kirche

Evangel. Gesangbücher

Wein-, Tabak- & Cigarren-Handlung

von Carl Hense in Gelsenkirchen (Wiehagen)

im Hause des Herrn W. Gundi,
empfiehlt Regie-Weine von M. 0,65 an, sowie sämtliche
medicinische Weine in guter Qualität zu den billigsten
Preisen.

Proben stehen bereitwilligst zu Diensten.
Commissionslager in medicinischen Weinen über-
trag ich dem Herrn G. Spettmann, Delicatessenhandlung,
Alten Markt Nr. 3.

Evangel. Gesangbücher empfiehlt

Zeige den Bewohnern von Gelsen-
kirchen u. Umgegend an, daß ich neben
meinem Vorgehänge mich auch mit

Anlagen neuer Cement-Trottoirs

beschäftige. Ich werde bestrebt
sein, gute und solide Arbeit zu bil-
ligen Preisen zu liefern und halte
mich bestens empfohlen.
Gelsenkirchen, Fr. Viesfeld.

Trunkucht im höchsten
Stadium
bereinigt sicher, auch ohne Vorwissen,
unter Garantie Th. Roneky,
Berlin, Brunnenstr. 53, Erfinder
der Radikalcur u. Spezialist f.
Trunkucht-Leiden amtl. beglaubig-
te Dancksagungs-schreiben gratis.
Nachahm. beachte man nicht, da solche
nur Schwindel treiben. Anpreis-
ungen, Curen sind d. Schwindel.